

A stylized map of Israel is formed by a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, highlighting specific geographical locations within the country's borders.

Für soziale Gerechtigkeit aber gegen eine politische Agenda

Die soziale Protestbewegung in Israel steht an einem Scheideweg

DR. RALF HEXEL
August 2011

- Die Protestbewegung gegen hohe Wohn- und Lebenshaltungskosten entstand spontan, als Initiative junger Leute und in Form einer Facebook-Gruppe. Sie ist überparteilich und versteht sich als unpolitisch. Parteien und Gewerkschaften sind nicht beteiligt.
- Kern der Bewegung ist die wirtschaftliche Situation der Mittelschicht, die vom Staat stark belastet wird, aber nicht vom wirtschaftlichen Boom des Landes profitiert. Angst vor sozialem Abstieg und einer Zunahme von Armut erklären die zentrale Forderung der Bewegung: soziale Gerechtigkeit!
- Premier Netanyahu wird die Prioritäten der politischen Agenda seiner rechts-religiösen Regierung – Verteidigung, Siedlungsbau, Unterstützung der ultra-orthodoxen Gemeinschaft – nicht ohne Widerstand ändern. Sein wichtigstes politisches Ziel lautet Machterhalt und Bewahrung des Status Quo.
- Die Protestbewegung steht an einem Scheideweg. Um erfolgreich zu sein, muss sie ihre sozialen Forderungen mit einer klaren politischen Agenda verbinden und sich eine organisatorische Basis geben. Nur so wird sie ihr Ziel erreichen können: die Neudefinition der Prioritäten nationaler Politik.

Seit am 14. Juli als Zeichen des Protests gegen unerschwingliche Mietpreise von jungen Leuten die ersten Zelte auf dem Rothschild-Boulevard im Zentrum Tel Avivs aufgestellt wurden, ist daraus in kürzester Zeit eine alle größeren Städte Israels erfassende Protestbewegung geworden. Plötzlich ist Israel nicht mehr von seinen arabischen Nachbarn abgeschnitten, sondern in Form von landesweiten Demonstrationen und Zeltlagern auf völlig überraschende Weise mit jenen Protestbewegungen verbunden, die seit Frühjahr diesen Jahres zum Sturz autoritärer arabischer Regimes geführt haben. Natürlich geht es in Israel nicht um den Sturz eines autoritären Regimes, und die Israelis entdecken nicht plötzlich ganz neue Freundschaftsgefühle zu ihren arabischen Nachbarn. Aber wie jene erkennen sie, dass sie ihre Interessen aktiv selbst vertreten müssen, wenn die von ihnen gewählte Regierung es nicht mehr tut. Sie entdecken im zivilen Widerstand die Kraft der eigenen Stimme und machen die Erfahrung, dass sie nicht machtlos sind und die Politik verändern können. Nicht wenige der israelischen Protestierenden machten mit ihren Losungen und Aufschriften keinen Hehl daraus, dass sie sich von der friedlichen Tahrir-Revolution in Ägypten inspiriert fühlen.

Facebook-Gruppe startet »Zelt-Protest«

Wie die meisten der jüngsten Protestbewegungen in Europa und in der Region hat auch die israelische Protestbewegung mit einer Facebook-Gruppe begonnen, in der Daphne Leef, eine junge Studentin, als erste zum »Zelt-Protest« aufgerufen hatte. Ihr schlossen sich als erstes die Nationale Studentunion und dann weitere zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen im ganzen Land an. Itzik Shmuli, Vorsitzender der Studentunion und Daphne Leef wurden sehr schnell die bekanntesten Gesichter des Protests.

Vorläufer der Bewegung war im Juni ein per Facebook angedrohter Boykott gegen eine drastische Preissteigerung des in Israel sehr beliebten Hüttenkäses. Allein die Androhung dieses in der Geschichte Israels ersten Verbraucherboykotts führte innerhalb weniger Tage zu einer Rücknahme der Preiserhöhung. Wie von einem Virus erfasst, kam es in den Folgewochen im ganzen Land zu weiteren Protesten: die israelischen Ärzte und Ärztinnen streikten für Reformen im Gesundheitssystem, RentnerInnen demonstrierten gegen knappen Ren-

ten, die Holocaust-Überlebenden gegen die schlechte Versorgung durch den Staat, Eltern im sogenannten »Kinderwagenmarsch« gegen die hohen finanziellen Belastungen beim Großziehen von Kindern.

Zusammen mit den »Zelt-Protesten« der jungen Leute formierte sich eine alle Gruppen der äußerst heterogenen israelischen Gesellschaft erfassende Protestbewegung. Säkulare und religiöse Israelis, Friedensaktivisten und Siedler, ashkenasische und orientalische Ultra-Orthodoxe, russische und äthiopische Neueinwanderer und schließlich auch Vertreter der 20 %-igen arabischen Minderheit protestierten gemeinsam für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen den Abbau des Sozialstaates. Besucht man abends das »Zeltlager« am Rothschild-Boulevard, erlebt man, dass sie nicht nur miteinander protestieren, sondern in Diskussionsforen – oftmals live ins Internet übertragen – und vielen kleinen Gesprächsgruppen intensiv aber auch kontrovers miteinander debattieren.

Vorläufiger Höhepunkt der inzwischen auch als »J14« bezeichneten Protestbewegung, die an vielen Orten von Auftritten bekannter Künstler, Happenings, Tanz und Musik begleitet wurde, war am Abend des 6. August die Demonstration von landesweit 350.000 Menschen, davon 250.000 in Tel Aviv. Und am 3. September will man 1 Million Menschen mobilisieren. Das wäre so, als würden in Deutschland 12 Millionen Bürger am selben Tag auf die Straße gehen. Was als spontaner Protest von Studenten und Vertretern der Mittelschicht begonnen hatte, war innerhalb von nur zwei Wochen zu einer Bewegung geworden, an der sich nun alle sozialen, ethnischen und religiösen Gruppen des Landes beteiligen, ohne dass gesellschaftliche Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften oder religiöse Gemeinschaften eine maßgebliche Rolle spielen.

Ein innerlich tief gespaltenes Land erlebt sich in diesem Protest-Sommer in einer Form von Einheit und Gemeinsamkeit, die verschwunden schien. Euphorisch ist in der Öffentlichkeit und in den Medien von »wunderbarer Rebellion«, »wahrer Demokratie« und »authentischem Zionismus« die Rede. Daneben gab es allerdings auch vereinzelt Stimmen in den Medien und aus der Politik, die versuchten, die Protestierenden zu diskreditieren, indem sie als »links«, als »verwöhnt« oder auch als »Sushi-Esser« bezeichnet wurden. Mit Erstaunen und Begeisterung registrieren die Protestierenden, dass es ihnen in

wenigen Tagen gelungen war, die politische Aufmerksamkeit und den öffentlichen Diskurs des Landes zu beherrschen: In den Schlagzeilen und öffentlichen Diskussionen ging es plötzlich um soziale Gerechtigkeit, die Verteilung von Einkommen, Preise für Lebensmittel und Wohnungen, die hohe Armutsrate im Land, die Förderung der sozialen Infrastruktur und nicht mehr um das sonst alles dominierende Thema Sicherheit, den Konflikt mit den Palästinensern und die Bedrohung durch den Iran.

Die wirtschaftliche Lage der Mittelschicht

Ausgangspunkt und Kern der Protestbewegung ist die sich kontinuierlich verschlechternde wirtschaftliche Situation der israelischen Mittelschicht, die vom Staat überdurchschnittlich stark belastet wird. Obwohl Israels Wirtschaft seit Jahren kräftig wächst, (5,2 % Wachstum in diesem Jahr), die Arbeitslosenrate bei nur 5,7 % liegt und die Steuereinnahmen des Staates über den Prognosen liegen, profitiert die Mehrheit der Bevölkerung nicht davon. Ganz im Gegenteil: Lebensmittel- und Immobilienpreise steigen ebenso wie der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die Unterschiede zwischen arm und reich. 20 % der Israelis leben unterhalb der Armutsgrenze. Das ist nach Mexiko die zweithöchste Rate unter den OECD-Staaten.

Das Land ist sozial tief gespalten. Die Angst vor gesellschaftlichem Abstieg wächst. Sie hat jetzt große Teile der Mittelschicht erfasst und sie auf die Straße gebracht. Ihre zentrale Forderung ist soziale Gerechtigkeit und ein Ende des Abbaus sozialstaatlicher Prinzipien. Damit machen sie deutlich, dass es ihnen nicht nur um finanzielle Zuwendungen und Steuererleichterungen geht, sondern zugleich um eine andere Art von Gesellschaft, in der es mehr Solidarität und Miteinander gibt, in der die Reichen nicht immer reicher werden und die Zahl der Armen wächst. Sie sind auch auf die Straße gegangen, weil sie kein Vertrauen mehr haben, dass diese Regierung und dieser Staat tatsächlich ihre Interessen vertreten. Oder, wie der Schriftsteller David Grossman es formuliert hat: »Die Bürger sind loyal zum Staat, aber der Staat ist nicht loyal zu den Bürgern«.

Trotzdem betonen die Protestierenden immer wieder, dass es ihnen nur um soziale Aspekte gehe, und sie sich auf keinen Fall als eine Bewegung mit politischen Ziel-

stellungen verstünden. Sie wollen unter keinen Umständen mit politischen Parteien oder mit den Gewerkschaften in Verbindung gebracht werden, da sie befürchten, als links abgestempelt zu werden und damit die breite Unterstützung der Bevölkerung zu verlieren. Umstrittene Fragen wie die massiven staatlichen Mittel für die Siedlungspolitik, die umfangreichen Transferleistungen für die ultra-orthodoxe Bevölkerung oder eine Reduzierung des bisher als unantastbar geltenden Verteidigungsetats werden bisher ganz bewusst nicht thematisiert.

Rechtsruck und politische Enttäuschung

Hintergrund hierfür ist der Rechtsruck, der in den vergangenen Jahren in Israel stattgefunden hat. In der Wahrnehmung der Mehrheit der Israelis ist der Oslo-Friedensprozess mit seinem Prinzip »Land gegen Frieden« gescheitert. Der Rückzug aus dem Libanon (2000) und dem Gazastreifen (2005) hat – verbunden mit der fortgesetzten Bedrohung durch den Iran – in ihren Augen nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Unsicherheit und zu neuen Raketenangriffen geführt. Der daraus erwachsende Glaube, dass eine Lösung des Konflikts nicht durch Politik und Dialog, sondern nur durch militärische Stärke zu erreichen sei, hat zum Aufstieg des rechten Nationalisten Avigdor Lieberman und 2009 zum Wahlsieg von Benjamin Netanyahu geführt. Dementsprechend gilt die Bezeichnung »links« in Israel heute als Synonym für Schwäche und politisches Versagen und sogar als Schimpfwort.

Die Protestbewegung steht damit an einem Scheideweg. Entweder sie behält ihre unpolitische Ausrichtung bei und wird sehr wahrscheinlich schon bald an Stärke verlieren, oder sie gibt sich – verbunden mit der sozialen – auch eine klare politische Agenda. Sie braucht dafür einen langen Atem und eine funktionierende organisatorische Basis, denn nur so wird es möglich sein, den für echte Veränderungen notwendigen Druck auf Netanyahu auszuüben und ihn zu einer neuen Prioritätensetzung in seiner strikt neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu zwingen. Spätestens die nächsten Wahlen im Jahr 2013 werden zeigen, ob die Protestbewegung tatsächlich zu Veränderungen von Netanyahus Politik geführt hat. Diese ist – wie auch die der vorherigen Regierungen – durch massive Privatisierung und den Abbau sozialstaatlicher Prinzipien gekennzeichnet. Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, das staatliche Bildungssys-

tem und die Transportinfrastruktur des Landes wurden kontinuierlich vernachlässigt, während – im Ergebnis der politischen Agenda der Regierung – massive staatliche Ressourcen in den Siedlungsbau und der damit verbundenen Infrastruktur sowie die finanzielle Unterstützung der zu einem beträchtlichen Teil nicht arbeitenden ultra-orthodoxen Bevölkerung fließen.

Weiterhin gibt es in Israel eine äußerst problematische Nähe zwischen Wirtschaft und Politik sowie einen extrem hohen Konzentrationsgrad in der Wirtschaft und im Finanzsektor. Wenige superreiche Familien beherrschen nicht nur die größten Unternehmen, sondern zugleich die großen Banken des Landes. Durch hohe Importzölle in eine Reihe von Bereichen sorgt die Regierung dafür, dass ihre Monopolstellung nicht angetastet wird und sie, ungestört von preisgünstigeren Importen, ihren Reichtum zulasten der Mehrheit der Bevölkerung vermehren können. Dies gilt in erheblichem Umfang für Lebensmittel, aber z. B. auch für die Produktion von Zement – wichtig für den Wohnungsbau! – wo nur ein Unternehmen 80 % des nationalen Marktes beherrscht.

Netanyahus Politik des reinen Machterhalts

Mit seiner Reaktion auf die Proteste hat Netanyahu deutlich gemacht, dass er nicht gewillt ist, seine Politik so einfach zu ändern, denn das würde ganz unmittelbar die Interessen seiner rechten und religiösen Koalitionspartner beeinträchtigen. So hat er den Protestierenden zwar seine Solidarität versichert und versprochen, die Probleme zu lösen, aber an der trotz Parlamentsferien einberufenen Sondersitzung der Knesset zu diesem Thema nahmen weder er noch die für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zuständigen Minister teil. Er hat eine Expertenkommission zur Untersuchung der Ursachen der Probleme eingesetzt, aber zugleich erklärt, dass deren Erkenntnisse für ihn nicht bindend seien und das laufende zweijährige Staatsbudget auf keinen Fall erhöht werden könne. Eine gewisse Nervosität konnte er trotzdem nicht verbergen. Mit der aktionistischen Ankündigung eines Programms zum Bau neuer Wohnheime für Studenten, dem Versprechen, die Israel Land Administration, die den größten Teil des Grund und Bodens in Israel verwaltet, zu reformieren sowie der Annullierung der durch den Finanzminister geplanten Erhöhung der Benzinpreise, versuchte er, die Proteste

einzudämmen. Diese Versuche schlugen allerdings fehl. Wie wenig die Protestierenden Netanyahu vertrauen, belegt die Tatsache, dass sie eine eigene Expertenkommission gebildet haben, die unabhängig von der Regierung die Ursachen der Probleme untersuchen und eigene Vorschläge machen soll. Sie befürchten offenbar, dass er den schönen Worten und Ankündigungen nur bedingt Taten – vielleicht einige kosmetische Veränderungen – folgen lässt und schon bald wieder zur politischen Tagesordnung übergeht.

Und diese Tagesordnung heißt Bewahrung des Status quo und politischer Machterhalt. Dies gilt für den Nahost-Friedensprozess, wo Netanyahu stets von der Bereitschaft zum Frieden redet, aber nichts Konkretes dafür tut und zugleich den Siedlungsbau in der Westbank und in Ost-Jerusalem fortsetzt. Seine rhetorisch brillante aber friedenspolitisch substanzlose Rede im Mai dieses Jahres vor dem US-Kongress ist ein Beleg für diese Politik des Stillstands. Eine vergleichbare politische Taktik befürchten die Protestierenden offenbar auch in Bezug auf ihre sozialen Forderungen.

In den zwei Jahren seines Wirkens als Finanzminister (2003-2005) in der Regierung Sharon strich Netanyahu der ultra-orthodoxen Gemeinschaft im Rahmen seines wirtschaftlichen Reformprogramms staatliche Zuwendungen, besonders Kindergeldzahlungen, in beträchtlichem Umfang. Im Ergebnis dieser Maßnahmen erhöhte sich die Integration ultra-orthodoxer Männer in den israelischen Arbeitsmarkt und die Armut in dieser Bevölkerungsgruppe nahm ab. Doch als er im Frühjahr 2009 seine Regierung bildete, akzeptierte er die Forderungen der beiden ultra-orthodoxen Parteien (Shas, Vereinigtes Torah-Judentum) nach staatlichen Kindergeldzahlungen und weiteren Sozialtransfers in Milliardenhöhe als Bedingung für deren Teilnahme an seiner rechts-religiösen Regierung. Damit nahm er aus machtpolitischen Motiven seine eigenen – gegen großen Widerstand durchgesetzten – Reformmaßnahmen wieder zurück. Würde er, wie von großen Teilen der israelischen Gesellschaft – bisher aber nicht von der Protestbewegung! – gefordert, bei diesen Transferzahlungen erneut spürbare Einschnitte vornehmen, würde das sehr wahrscheinlich bedeuten, dass beide Parteien (zusammen 16 Sitze) seine Koalition verlassen, und er nicht mehr regierungsfähig wäre.

Dieselben Folgen hätte sehr wahrscheinlich eine Kürzung der hohen staatlichen Aufwendungen für den Sied-

lungsbau in der Westbank und in Ost-Jerusalem. Auch dies würde wohl zu einem Ende von Netanyahus Regierungskoalition führen. Die politisch sehr einflussreiche Siedlerlobby (Yesha Council) hat bereits Widerstand angekündigt. Auch Liebermans Partei Yisrael Beiteanu (15 Sitze) und die national-religiöse Partei Jüdisches Haus (drei Sitze) würden solchen Budgetkürzungen keinesfalls tatenlos zusehen. Insofern wird es sehr interessant sein, zu verfolgen, welche weiteren Maßnahmen Netanyahu im Umgang mit der Protestbewegung ergreift, um die politische Initiative nicht zu verlieren und die Existenz seiner Regierungskoalition nicht zu gefährden.

Neudefinition der Prioritäten nationaler Politik

Sieht man sich die Forderungen der Protestbewegung an, so hat man den Eindruck, dass sie direkt der politischen Agenda der Sozialdemokratie entnommen sein könnten: Kampf für soziale Gerechtigkeit, Stärkung des öffentlichen Sektors und der sozialen Infrastruktur, Bekämpfung von Armut. Eine große Chance also für die israelische Linke? Nur sehr bedingt, denn diese ist derzeit denkbar schlecht für diese Herausforderung gewappnet. Die Arbeitspartei befindet sich in der schwersten Krise ihrer Existenz und ist nach der dramatischen Wahlniederlage 2009 seit Monaten mit Führungskämpfen und der Wahl eines/einer neuen Vorsitzenden beschäftigt. Und auch die Meretz-Partei besitzt derzeit nicht die politische Kraft, diese politische Chance zu nutzen.

Wird die Regierung Netanyahu durch die Proteste in echte Schwierigkeiten kommen? Im Moment sieht es nicht danach aus. Netanyahu sitzt derzeit fest im Sattel, seine Regierung ist stabil, und er wird wohl auch in dieser Frage zeigen, dass er ein überaus gewiefter Machtpolitiker ist. Es ist nicht auszuschließen, dass er gerade jetzt seine Anstrengungen und seine Kompromissbereitschaft erhöhen wird, mit der Hamas ein Abkommen zur Befreiung des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit zu erreichen. Damit würde er seine angekratzte Popularität und seine Zustimmungsraten sprunghaft erhöhen.

Außerdem kann es – wie jetzt mit der Serie von Terroranschlägen im Süden des Landes oder bei neuen militärischen Konfrontationen – sehr schnell dazu kommen, dass Sicherheitsfragen erneut die öffentliche Aufmerksamkeit beherrschen. Das Gleiche gilt mit Blick auf die

Proklamierung eines palästinensischen Staates im September vor der UNO und damit möglicherweise verbundenen neuen Spannungen und Gewaltausbrüchen. Im Ergebnis solcher Ereignisse passiert dann das, woran Israel seit Jahrzehnten wie an einen Automatismus gewöhnt ist: Das Denken und Handeln in Kategorien nationaler Sicherheit verdrängt alle anderen politischen und gesellschaftlichen Probleme von der Tagesordnung. Dieser Automatismus müsste durchbrochen und das daraus erwachsende Dilemma – denn die Sicherheitsbedrohungen existieren ja tatsächlich – überwunden werden. Auf den Aufruf eines stellvertretenden Likud-Ministers, angesichts der Terroranschläge die sozialen Proteste zu beenden, erwiderten Vertreter der Protestierenden, dass soziale und nationale Sicherheit zusammen gehörten, dass sie nicht länger bereit seien, eine solche Trennung zu akzeptieren. Sie stellten ihre Proteste nicht ein, sondern demonstrierten mit Kerzen und im Gedenken an die Opfer der Anschläge weiter.

Auch das in der Vergangenheit zumeist unangetastete Verteidigungsbudget scheint kein Tabu mehr zu sein. Immer mehr Israelis stellen die Frage, ob die Verteidigungsausgaben in dem bestehenden Umfang wirklich notwendig sind. Verteidigungsminister Ehud Barak hat sich angesichts solcher Fragen zwar solidarisch mit den Protestierenden erklärt, Kürzungen seines Etats lehnte er jedoch ab. Das Verteidigungsministerium ist das einzige Ministerium, das seine Ausgaben selbst kontrolliert und gegenüber dem Finanzministerium nicht Rechenschaft darüber ablegen muss, wie es die Mittel einsetzt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Protestbewegung – deren junge Führung sich nach Meinung vieler Israelis sehr klug verhält – vor vier großen Herausforderungen steht, wenn sie erfolgreich sein will: 1) die Formulierung einer klaren Agenda und damit die Überwindung des ursprünglichen Anspruchs, unpolitisch zu sein; 2) zu verhindern, dass die soziale Probleme und die damit verbundenen Forderungen aus dem Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit verdrängt werden; 3) aus der spontanen Protestbewegung eine organisierte Kraft zu formen, der es letztlich gelingt 4) die Prioritäten der nationalen Politik neu zu definieren.



Über den Autor

Dr. Ralf Hexel ist seit 2008 Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Herzliya/Israel.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Hajo Lanz, Leiter, Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7426 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/international/nahost>

Bestellungen/Kontakt hier:
Simone.Doebbelin@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-863-7